

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 31 (1939)
Heft: 7

Artikel: Aus der Arbeiterbewegung in Chile
Autor: Haupt, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Arbeiterbewegung in Chile.

Von P a u l H a u p t, Santiago.

Die chilenische Arbeiterschaft hat zwei Jahrzehnte bitterster Enttäuschungen hinter sich. Im Jahre 1920 waren es vornehmlich ihre Stimmen gewesen, die gegen die traditionellen Rechte der liberalen und konservativen Partei dem vorigen Präsidenten, Arturo Alessandri, als Wortführer der bürgerlich-radikalen Partei, auf den Präsidentenstuhl verhalfen. Alessandri verdankte die Stimmen der erst wenig organisierten Arbeiter hauptsächlich seiner blendenden Redegabe und seinen revolutionären Ankündigungen und Verheissungen. Aber als Arturo Alessandri im Dezember 1938 abdankte, tat er es unter Verfluchung der Arbeiterschaft als Präsident der Rechten, als Mann desselben Blockes aus Liberalen und Konservativen, gegen den er im Jahre 1920 zur Macht gelangt war, und seine ganze Autorität als Präsident setzte er für den von ihm gewünschten Einheitskandidaten der Rechten ein, seinen Freund, den Finanzminister Gustavo Ross, der nach seinem Willen sein Nachfolger werden sollte. Aber es kam anders, denn diese Kandidatur war so unpopulär, dass sich alle Parteien ausserhalb der Konservativen und Liberalen gegen sie vereinigten. Sogar die Nationalsozialisten und die Anhänger des ehemaligen Generaldiktators General Carlos Ibañez befahlen ihren Anhängern, für den Kandidaten der Volksfront, Pedro Aguirre Cerda, zu stimmen, der denn auch gewählt wurde. Damit ist wiederum, nach 18 Jahren, ein Mitglied der radikalbürgerlichen Partei mit den Stimmen der Sozialisten, der Gewerkschaftler, der Arbeiterschaft im allgemeinen, auf den Präsidentensitz gekommen.

Die Arbeiterschaft wird diesmal nicht so leicht betrogen werden können wie im Jahre 1920, denn sie ist nicht mehr so leicht zu betrügen. Die Arbeiter, die 1920 für Alessandri stimmten, waren eine fast völlig unorganisierte, sich am Feuer seiner revolutionären Reden berausende Masse; die Arbeiter, die 1938 für den Bürgerlich-Radikalen Aguirre Cerda stimmten, haben es auf Geheiss ihrer Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien getan. Arturo Alessandri hatte sich allein zum Kandidaten der, wie er es nannte, «revolutionären Arbeiterschaft» gemacht; Pedro Aguirre Cerda wurde nach langen, sorgfältigen Verhandlungen zwischen den Linksparteien von den Bürgerlich-Radikalen bis zu den Kommunisten als Einheitskandidat der chilenischen «Volksfront» aufgestellt. Die Gewerkschaften empfahlen ihn den Arbeitern, nachdem sie den Mann und sein Programm eingehend geprüft hatten. Und die sozialistischen Parteien wie die Gewerkschaften sind heute trotz aller Zersplitterung in der chilenischen Politik Machtfaktoren; die städtische Arbeiterschaft hat zum grossen Teil die Notwendigkeit der Organisation begriffen. Pedro

Aguirre Cerda hat denn auch in seiner Regierung den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften eine starke Vertretung eingeräumt, so dass die Arbeiterschaft heute viel besser in der Lage ist, auf die Regierung Einfluss auszuüben als 1920.

Die Forderungen und Ansprüche, die die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Chiles an die Volksfrontregierung stellt, lassen sich zusammenfassen in die zwei Hauptbegriffe « Anerkennung und Erfüllung ». Die achtzehnjährige Periode des Präsidenten Alessandri hatte Zeiten gehabt, in denen die soziale Spannung derart stark war, dass eine ziemlich umfangreiche soziale Gesetzgebung geschaffen wurde. Das gilt nicht zuletzt für die Jahre der Militärdiktatur des Generals Carlos Ibañez um 1930, der als « sozialer Diktator » in der Art des ersten spanischen Diktators Primo de Rivera auftrat. Aber die im Verlauf dieser Gesetzgebung geschaffenen Versicherungskassen für Arbeiter, Angestellte und Beamte sind in ihrem Sinn verfälscht worden; in der Praxis sind sie in erster Linie Einnahmequellen des Staates geworden; die Schaffung riesiger Fonds für den Staat drängte immer mehr den sozialen Zweck dieser Kassen in den Hintergrund. Eine der Hauptforderungen der Gewerkschaften ist darum die Erfüllung der eigentlichen sozialen Aufgaben der Sozialkassen. Die Gewerkschaften waren bei ihrer Verwaltung nahezu ausgeschaltet, wie sie überhaupt als Vertretung der Arbeiterschaft nur widerwillig und mit grossen Einschränkungen zugelassen waren. Ein Gesetz sah die Bildung von « Fabriksyndikaten » überall dort vor, wo die Belegschaften es wünschten. In vielen Fällen vermochten die Unternehmer die Bildung solcher Syndikate zu verhindern, wobei sich besonders die grossen englisch-amerikanischen Kupfer- und Salpetergesellschaften hervortaten, deren Einfluss auf die Regierungen Alessandris so stark waren, dass sie meist die polizeiliche Auflösung ihrer Syndikate erreichten, wenn diese versuchten, sich für die Interessen der Belegschaft einzusetzen, besonders wenn sie sich dem Gewerkschaftsbund anschlossen. Das Recht der Gewerkschaften, sich diese Syndikate anzugliedern und als ihre zentrale Interessenvertretung zu fungieren, muss erst noch anerkannt werden. Zu erfüllen bleiben weiter eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen über bezahlte Ferien, Soziallohn, Ueberstundenbezahlung usw., die eigentlich vorhanden sind, aber nie durchgeführt wurden.

Vor allem aber erwarten die Gewerkschaften endlich die Erfüllung der vielfachen Versprechungen des Baues menschenwürdiger Arbeiterwohnungen. Ungezählte Male haben die verschiedensten Minister anerkennen müssen, dass das unbeschreibliche Wohnungselend des chilenischen Arbeiters den Hintergrund bildet für die meisten Fehler und die geringere Leistungsfähigkeit, die man ihm nachsagt. Es wurden Fonds bestimmt für den Bau billiger Arbeiterwohnungen, die aber dann für andere Zwecke verwendet wurden; es wurde eine grosse öffentliche Kasse für die Finanzierung eines Arbeiterwohnungsbauprogramms geschaffen, deren

Geschichte jedoch eine ununterbrochene Kette von Skandalen geblieben ist. Und noch immer ist das «Conventillo» oder die «Cité», wie sie zur Vermeidung des anrühigen Wortes conventillo meist genannt wird, die Wohnstätte des grössten Teiles der chilenischen Arbeiter.

Kein Mietskasernenelend europäischer Grossstädte reicht an die stallähnliche Behausungsart des chilenischen Conventillos heran. Ein offener Hofkorridor wird beiderseitig von einem schuppenähnlichen Lehmhaus eingegrenzt, in dem bis zu 30 und 40 «Wohnungen» von ein oder zwei Zimmern abgeteilt sind. Fenster gibt es oft nicht, sondern der einzige Eingang für Licht und Luft ist die Tür zum Hof. Einen Wasserhahn haben manchmal jede dritte oder vierte Wohnung; ganze Conventilloviertel, namentlich in den Provinzstädten, haben überhaupt keine Kanalisation. Statt der Ausgüsse gibt es oft eine in der Mitte des Hofes verlaufende offene Rinne; ein Abort ist für mehrere Wohnungen (manchmal für die dreissig Wohnungen nur drei bis vier Aborte) vorhanden. Elektrisches Licht ist meist der einzige Komfort; aber oft hat der Wirt das Recht, um eine bestimmte Zeit das Licht für alle Wohnungen abzuschalten. In den lockeren Lehmwänden haust Ungeziefer jeder Art; unter den Dielen (wenn nicht der Fussboden einfach gestampfter Lehm ist) und zwischen Decke und Dach toben Ratten und Mäuse. Familien mit Erwachsenen, Halbwüchsigen, Kindern und Babys hausen in einem Raum, in dem an den Regentagen auch noch gekocht und gewaschen wird; jedes Ereignis, jede Auseinandersetzung in einer Wohnung überträgt sich auf das ganze Conventillo, und der Verwalter ist schnell dabei, die Polizei, die Carabineros zu rufen. Dass die Volksfrontregierung unter dem unablässigen Druck der Gewerkschaften die Beseitigung der Conventillos zum Hauptpunkt ihres sozialen Programmes gemacht hat, bedeutet, dass sie das soziale Uebel, an dem die Arbeiterklasse in Chile leidet, an seiner Wurzel packen will.

Denn in naher Beziehung zum Wohnelend des chilenischen Arbeiters stehen der Alkoholismus, die Tuberkulose, die Säuglingssterblichkeit, die geringere Leistungsfähigkeit des chilenischen Arbeiters, seine falsche Ernährungsweise. Die Gewerkschaften sehen diese Dinge mit aller Nüchternheit, auch ein grosser Teil der Arbeiterschaft sieht sie; man weiss, dass eine ungeheure Erziehungsarbeit zu leisten ist, um aus der Masse der in den Conventillos oder in den Wellblech- und Sackleinwandbuden des Nordens dahinvegetierenden, ungelernten Arbeitern disziplinierte, menschen- und klassenbewusste Arbeiter zu machen. Aber jede Erziehung ist nutzlos, solange diese Arbeiter in den Conventillos dahinvegetieren. Noch grössere Probleme und noch längere Besserungs- und Erziehungsarbeit ist am ländlichen Arbeiter zu lösen, oder besser, hier ist noch alles zu tun, was in Europa seit dem 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung und für den Arbeiter geleistet wurde.

Die Gewerkschaften und die Volksfrontregierung und ihr Präsident haben auf sozialem Gebiete eine Ueberlast von Problemen und Aufgaben dringlicher Lösung vorgefunden, als sie antraten; mit grösstem Eifer ging man an die ersten Schritte zur Behebung der Grundscha'den — da warf die Erdbebenkatastrophe vom 24. Januar alle Berechnungen und alle Projekte über den Haufen. Vier Provinzen des Landes wurden mit einem einzigen Erdbebenstoss in einen Zustand versetzt, wie ihn im Weltkrieg erst vier Jahre Trommelfeuer zu schaffen vermochten. Aber mit dieser grauenvollen Vernichtung warf die Natur selbst gleichzeitig die Frage auf: Soll das, was war, so wieder aufgebaut werden, wie es war, mit seinen fensterlosen Lehmhöhlen, seinem Schmutz, seiner Unhygiene, als weitere Brutstätte für Laster und Krankheit? Oder sollen statt der zerstörten Conventillos gesunde, saubere Arbeiterwohnungen entstehen, statt der zerrissenen, stinkenden Unratkanäle hygienische Kanalisationsanlagen, statt der staubigen, schmutzstarrenden Höfe blühende Gärten? Die Gewerkschaften und Sozialisten wollen das Neue, sie wollen aus der Zerstörung ein wirklich neues Leben entstehen lassen. Die Rechte ist dagegen und prophezeit, dass das ganze Land in Zahlungsunfähigkeit geraten würde, wenn man den Wiederaufbau nicht auf das Notwendigste beschränkte, das heisst die Arbeiterviertel wieder aus Lehm und ohne alle hygienischen Einrichtungen aufbauen, wenn möglich nur die notdürftigsten Reparaturen vornehmen lassen würde. Die Regierung steht natürlich auf der Seite der Gewerkschaften. Sie hat ein Rekonstruktionsprogramm ausgearbeitet, das die Schaffung völlig neuer, hygienischer und durch Verwendung von Beton erdbebensicherer Städte vorsieht. Gleichzeitig enthält das Programm eine Ankurbelung der Wirtschaft mit Staatsmitteln, um aus der latenten Krise herauszukommen. Dieses Rekonstruktionsprogramm ist in der Deputiertenkammer angenommen worden, jedoch nur mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen über der Hälfte, und im Senat, der seine Sanktion zu geben hat, besitzt die Rechte die Mehrheit.

Jedoch auch der Senat spricht nicht das letzte Wort, denn um dies Programm durchzuführen, braucht Chile Geld, Auslandsgeld, da das Land kapitalarm ist, und die Regierung hat sich denn auch die Ermächtigung geben lassen, im Auslande Anleihen bis zu 2000 Millionen Peso, etwa 500 Millionen Goldfranken aufzunehmen. Um diese Anleihe wird in New York verhandelt und auch mit Deutschland, das, um seinen in den letzten Jahren stark gestiegenen Export nach Chile nicht wieder zurückgehen zu lassen, bereit ist, einen mehrjährigen Kredit in Form von Maschineneinfuhr nach Chile zu geben. Die Möglichkeit, das ausfuhrhungrige Deutschland gegen die sehr harte Anleihebedingungen stellende Wallstreet in New York ausspielen zu können, ist vielleicht der einzige Lichtblick in der geradezu tragischen Situation der Volksfrontregierung in Chile, der durch das grausame Eingreifen der

Natur die Entscheidung darüber, ob sie ein Programm wirtschaftlichen Aufstiegs und sozialer Reformen durchführen kann, aus den Händen genommen und in die Macht der ausländischen Kapitalisten gegeben worden ist. Die chilenische Arbeiterbewegung kann nach dieser Naturkatastrophe wenig selbst tun, ehe entschieden ist, ob der Dollarstrom fliessen wird.

Und dieser Umstand, dass die Entscheidung über Neuaufbau oder Rückkehr zum alten Elend in die Hände ausländischer Kapitalisten gelegt ist, ist wohl neben dem Tod von über 5000 Arbeiterfamilien unter den Trümmern ihrer Lehmhuden für die chilenische Arbeiterklasse das Tragischste an der grossen Erdbebenkatastrophe, der grössten Erdbebenkatastrophe in Chile in unserm Jahrhundert.

Wirtschaft.

Einkommen und Vermögen der Schweiz in der Krise.

Die Ergebnisse der eidgenössischen Krisenabgabe, zweite Periode 1936/37, liegen heute vor, und wiederum bieten sie einen aufschlussreichen Einblick in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse unseres Volkes. Die neue Veröffentlichung der Eidgenössischen Steuerverwaltung gewinnt dadurch an Wert, dass wir nun in der Lage sind, Vergleiche zu ziehen mit den Ergebnissen der ersten Periode (1934/35). Bisher ergaben sich nur beschränkte Vergleichsmöglichkeiten mit der früheren Kriegssteuer, die im verschiedenen Aufbau der Kriegssteuer und der Krisenabgabe begründet waren.

Vorerst müssen wir feststellen, dass die veröffentlichten Zahlen für die Gegenwart keine absolute Gültigkeit mehr beanspruchen können, wurden doch als Berechnungsgrundlagen für das Einkommen die Jahre 1934/35 und als Stichtag für die Besteuerung der Vermögen der 1. Januar 1936 gewählt, also gerade die Jahre, in denen die Schweiz sich noch in der tiefsten Krise befand. Die Abwertung vom September 1936 hat dann einerseits eine langsame Besserung der Wirtschaftslage und damit auch der Einkommen nach sich gezogen und anderseits einen Grossteil der Vermögen — und darunter nicht zuletzt die grossen Vermögen — ganz erheblich aufgewertet.

Schichtung der Einkommen.

Zu versteuern ist nach der Krisenabgabe das ganze Einkommen aus Erwerb und Vermögen. Dabei setzt aber die Besteuerung erst bei einem Einkommen von 4000 Franken ein. Die Kinder- und Familienabzüge sind verhältnismässig hoch. Im ganzen traf die Abgabe 264,128 Steuerpflichtige (gegenüber 272,412 in der ersten Periode). Von den etwa zwei Millionen Erwerbstätigen sind das also etwa 13 Prozent.